



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1978
 Die Lage der Weltwirtschaft 169
 Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland 174

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 17·18/78

Berlin

27. April 1978

45. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1978

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
 (Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 20. April 1978

Die Lage der Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Lage der Weltwirtschaft hat sich im Winterhalbjahr 1977/78 leicht gebessert: Während in den USA der Aufschwung anhielt, zeigten sich in den meisten westeuropäischen Ländern und in Japan Belebungsstendenzen. Wesentlichen Anteil daran hatte eine expansivere Wirtschaftspolitik. In den währungsstarken Ländern war der wirtschaftspolitische Kurswechsel — teilweise in Zusammenhang mit der Abwertung des Dollars — besonders ausgeprägt; die starke Aufwertung ihrer Währungen dürfte allerdings die Erholung der Investitionsneigung erschweren.

Nach wie vor gibt es gravierende Abweichungen von den wirtschaftspolitischen Zielen. So ist die Arbeitslosigkeit in Westeuropa und Japan nahezu unverändert hoch, die Kapazitätsauslastung liegt gegenwärtig sogar noch niedriger als vor Jahres-

frist. Allerdings gelang es hier, den Preisauftrieb merklich zu dämpfen. Auch entschärften sich die außenwirtschaftlichen Probleme der meisten europäischen Defizitländer. In den USA dagegen ist der Preisauftrieb wieder stärker geworden, auch blieb das Leistungsbilanzdefizit außerordentlich hoch. Indes hat sich die Beschäftigungslage weiter verbessert.

Langsamere Expansion in den USA

In den USA setzte sich der Aufschwung im Winterhalbjahr 1977/78 fort; allerdings hat sich das Expansionstempo verlangsamt. Diese Abschwächung ist jedoch durch die Auswirkungen des extrem kalten Winters überzeichnet. Gleichwohl deutet einiges auf eine ruhigere Gangart der Konjunktur hin: Der Lageraufbau war nicht mehr so stark wie zuvor, die

Expansion des Wohnungsbaus verlangsamte sich, und die Exporte nahmen ab. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen stieg dagegen weiterhin zügig an. Außerdem erwies sich der private Verbrauch als Stütze der Konjunktur; die anhaltend kräftige Ausweitung der Beschäftigung förderte eine rasche Einkommensexpansion.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Winterhalbjahr weiterhin kräftig zu, die Arbeitslosenquote verringerte sich von 6,8 vH auf 6,2 vH. Zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage haben die öffentlichen Beschäftigungsprogramme beigetragen. Bei der Preisentwicklung kam es zu einer Tendenzwende. Eine wichtige Rolle dürfte dabei die verstärkte Kostenbelastung der Unternehmen — namentlich durch den Anstieg der Mindestlöhne und der Sozialversicherungsbeiträge — gespielt haben, deren Überwälzung bei der expansiven Geldpolitik vergleichsweise leicht gelang. Die Beschleunigung des Preisauftriebs in den ersten Monaten dieses Jahres ging aber auch auf widrige Witterungseinflüsse zurück; insbesondere verteuerten sich die Nahrungsmittel sprunghaft.

Die Außenhandelsentwicklung ist seit Herbst 1977 aufgrund verschiedener Sonderfaktoren (Hafenarbeiterstreik, extrem kalter Winter) verzerrt. Sieht man von diesen Einflüssen ab, hat sich das Volumen der Importe kaum verändert, während die Exporte zurückgegangen sind. Das ohnehin hohe Handelsbilanzdefizit stieg noch an. Für das gesamte Jahr 1977 betrug es fast 27 Mrd. US-Dollar (fob-Basis) und war damit mehr als viermal so hoch wie im Vorjahr. Zu der Erhöhung hat neben den erheblich gestiegenen Öleinfuhren auch das beträchtliche Konjunkturgefälle gegenüber dem Ausland beigetragen.

Die Finanzpolitik hat dem Aufschwung bis zuletzt Impulse gegeben, wenn sich auch der Ausgabenanstieg seit der Jahresmitte 1977 etwas abflachte. Die Geldmengenexpansion überschritt die angekündigten Zielmarken von Mitte 1977 bis Anfang dieses Jahres deutlich: Als sich infolge der raschen Zunahme der privaten und öffentlichen Kreditnachfrage merkliche Zinssteigerungen abzeichneten, versuchte die Notenbank offenbar, diesen durch ein verstärktes Geldangebot entgegenzuwirken. Die beschleunigte Geldmengenexpansion trug dazu bei, daß sich die Inflationserwartungen verstärkten, daß der Dollar als Anlagewährung zunehmend an Attraktivität verlor und sich gegenüber einigen Währungen drastisch abwertete.

Einem witterungsbedingt niedrigen Produktionsanstieg im ersten Quartal 1978 wird wahrscheinlich zunächst eine erhebliche Beschleunigung folgen. Im späteren Verlauf dieses Jahres dürfte sich das Expansionsstempo abschwächen. Wie stark die Verlang-

samung sein wird, hängt vor allem davon ab, wie heftig die Geldpolitik auf die Inflationsbeschleunigung reagiert, und wie lange die allgemeine Unsicherheit über den künftigen Kurs der Finanz- und Energiepolitik anhält. Wirkt die Notenbank der Inflation nicht mit einem abrupten Kurswechsel, sondern lediglich mit einer allmählichen Verringerung der Geldmengenexpansion entgegen, so dürfte sich der Aufschwung fortsetzen. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts wird sich dabei 1978 auf etwa 4 vH belaufen (1977: 4,9 vH). Die Arbeitslosigkeit wird im Verlauf des Jahres wahrscheinlich kaum weiter abnehmen. Trotz der zu erwartenden Beschleunigung des Preisauftriebs in nächster Zeit dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt — nach dem geringen Anstieg im zweiten Halbjahr 1977 — mit etwa 6,5 vH nicht höher sein als im Vorjahr.

Leichte Erholung in Japan

Nach der Abschwächung des Expansionsstempos bis zum Herbst 1977 ist das reale Sozialprodukt in Japan im Winterhalbjahr 1977/78 wieder kräftiger gestiegen. Die Belegung zeigte sich beim privaten Verbrauch, den öffentlichen Investitionen und im Wohnungsbau, der durch massive staatliche Förderungsmaßnahmen begünstigt worden war. Zudem hat sich der Lagerabbau im Unternehmensbereich zuletzt nicht mehr fortgesetzt. Demgegenüber gingen vom Außenhandel keine expansiven Impulse mehr aus. Während die reale Ausfuhr nur noch langsam gestiegen ist, hat sich die Einfuhr kräftig erhöht. Gleichzeitig sind seit dem Herbst unter dem Einfluß der Yen-Aufwertung die Einfuhrpreise sehr viel stärker als die Ausfuhrpreise gesunken; daher stieg der Handelsbilanzüberschuß im Winterhalbjahr noch weiter an. Die starke Verbilligung der Einfuhr hat dazu beigetragen, daß sich der Preisauftrieb rasch abschwächte.

Ähnlich wie 1977 wird die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr — vorwiegend im ersten Halbjahr — durch die öffentliche Nachfrage gestützt werden. Die privaten Investitionen werden aufgrund der Stimulierungsmaßnahmen voraussichtlich etwas stärker als im letzten Jahr zunehmen. Dabei werden vor allem der Wohnungsbau und die Investitionen in der Energiewirtschaft kräftig steigen; die Investitionen in der verarbeitenden Industrie dagegen dürften weiter sinken. Die Voraussetzungen für eine Belegung des privaten Verbrauchs haben sich etwas verbessert: Zwar werden die Lohnabschlüsse im Frühjahr vermutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr, aber der Preisauftrieb ist jetzt sehr viel geringer. Der kräftige Anstieg der Exportakkreditive seit Jahresbeginn läßt erwarten, daß die Ausfuhr trotz der starken Yen-Aufwertung (effektiv mehr als 30 vH

von Anfang Januar 1977 bis Mitte April 1978) und protektionistischer Erschwernisse kaum langsamer als der Welthandel expandieren wird. Das reale Sozialprodukt wird im Jahresdurchschnitt 1978 vermutlich um etwa 5 vH zunehmen (1977: 5,1 vH); dies bedeutet für Japan allenfalls eine geringfügige Erhöhung der Kapazitätsauslastung. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich im Jahresdurchschnitt auf etwa 4 vH belaufen (nach 8 vH im Jahre 1977).

Allmähliche Konjunkturbelebung in Westeuropa

Nach einer ausgeprägten Schwächeperiode ist die Produktion in den meisten westeuropäischen Ländern im Verlauf des Winterhalbjahrs 1977/78 wieder etwas gestiegen. Die Kapazitätsauslastung dürfte sich dabei im allgemeinen nicht erhöht haben. Die Erholungstendenzen sind vor allem auf die seit Mitte 1977 wieder expansivere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Sie kamen in einer lebhafteren Ausweitung des privaten Verbrauchs und weniger zurückhaltenden Lagerdispositionen zum Ausdruck.

Eine stärkere Zunahme des privaten Verbrauchs verzeichneten insbesondere Großbritannien und Frankreich sowie Belgien und die Niederlande. Ausschlaggebend hierfür dürfte der – auch infolge von Steuerentlastungen und erhöhten Transferleistungen – etwas stärkere Anstieg der realen verfügbaren Einkommen gewesen sein. In den skandinavischen Ländern bahnte sich in der bisher sehr schwachen Konsumkonjunktur eine Wende zum Besseren an. Weiterhin lebhaft blieb insgesamt die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, vor allem nach Automobilen und anderen Gütern des gehobenen Bedarfs.

Der tendenziell anhaltende Zinsabbau hat in einigen Ländern zu einer deutlichen Belebung im privaten Wohnungsbau geführt. Auch die öffentliche Hand investierte verschiedentlich wieder stärker. Bei den Ausrüstungsinvestitionen war die Belebung nur schwach. Die Absatz- und Gewinnerwartungen haben sich trotz der Stützungsmaßnahmen anscheinend nur wenig verbessert.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder haben im Laufe des zweiten Halbjahrs 1977 wieder zugenommen. Dieser Anstieg wurde vor allem getragen von der Belebung des innereuropäischen Handels. Aber auch die Ausfuhr in die OPEC-Staaten und die nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer ist wieder kräftiger gestiegen, während sich die Zunahme der Exporte nach Nordamerika deutlich verlangsamt hat. Die Handelsbilanzdefizite verringerten sich zumeist weiter, namentlich in Italien und Frankreich. Die Valuten der währungsschwachen Länder waren keinem nennenswerten Abwertungsdruck ausgesetzt. Die vom Kursverlust des US-Dol-

lars ausgehende Unruhe auf den europäischen Devisenmärkten konzentrierte sich auf den Schweizer Franken sowie auf die Deutsche Mark, deren Aufwertung auch eine Höherbewertung der übrigen zum europäischen Währungsverbund gehörenden Valuten nach sich zog.

Die bereits hohe Arbeitslosigkeit stieg nicht weiter an, in einigen Ländern ging sie sogar leicht zurück; stark war die Abnahme lediglich in Frankreich. Daß es trotz schwacher Konjunkturdynamik und der zunehmenden Erwerbsbevölkerung nicht zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit kam, ist im wesentlichen auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zurückzuführen. Sie zielten in besonderem Maße auf eine Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Zuletzt dürften in einigen Ländern auch die etwas gebesserten Absatzerwartungen der Unternehmen eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit verhindert haben. Darauf deutet die verschiedentlich zu beobachtende Zunahme der offenen Stellen hin.

Nicht zuletzt wegen der hohen Arbeitslosigkeit hat der Lohnanstieg in den meisten Ländern weiter nachgelassen. Die nominalen Lohnsteigerungsraten haben sich im Vorjahrsvergleich fast überall spürbar abgeschwächt. Allerdings ist das Tempo des Lohnauftriebs von Land zu Land weiter sehr unterschiedlich. Real ergab sich zumeist nur ein leichter Lohnanstieg. Kräftiger fiel er jedoch in Großbritannien aus: Hier erhöhten sich die Nominallöhne nach dem Ablauf der einkommenspolitischen Beschränkungen erwartungsgemäß wieder deutlich, während der Preisauftrieb gleichzeitig merklich nachließ.

Der Preisanstieg hat sich seit dem vergangenen Sommer kontinuierlich verlangsamt. Dies ist insbesondere das Ergebnis der 1976 ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen. Sie engten die Überwälzungsspielräume ein und trugen dazu bei, daß sich der Lohnauftrieb zumeist abflachte. Stabilisierende Einflüsse gingen auch weiterhin von der Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten aus; je nach Wechselkursentwicklung profitierten die Länder hiervon in unterschiedlichem Maße. Darüber hinaus sind die Nahrungsmittelpreise erheblich langsamer als saisonüblich gestiegen.

Die von der Wirtschaftspolitik ausgehenden Impulse haben sich im Winterhalbjahr 1977/78 etwas verstärkt, nachdem man im Verlauf des Jahres 1977 zumeist auf einen vorsichtig expansiven Kurs eingeschwenkt war. Die Geldmengenzunahme beschleunigte sich in vielen Ländern; sie lag vor allem in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland – nicht zuletzt wegen der massiven Devisenmarktinterventionen zugunsten des US-Dollars – erheblich über den angekündigten Zielmarken. Die Zinssätze tendierten im allgemeinen weiter nach unten. Finanz-

politische Anstöße gingen in mehreren Ländern von zusätzlichen Ausgabenprogrammen und von Steuerentlastungen aus. Der Umfang der Maßnahmen hielt sich – abgesehen von der Bundesrepublik Deutschland – aus stabilitäts- und zahlungsbilanzpolitischen Rücksichten in relativ engen Grenzen. Die Haushaltsansätze für 1978 sind zumeist auf verhaltene Konjunkturstimulierung ausgerichtet. Die expansiven Bemühungen sind in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien am deutlichsten.

Unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen dürfte sich die Erholung der Binnennachfrage im weiteren Verlauf des Jahres 1978 insbesondere in den großen Ländern Westeuropas fortsetzen; dagegen wird die Expansion in einigen kleineren Ländern (Schweden, Dänemark, Österreich) nur sehr schwach ausfallen. Der Außenhandel dürfte sich vor allem zwischen den westeuropäischen Ländern wieder etwas stärker ausweiten. Der Anstieg des Sozialprodukts in Westeuropa wird 1978 wegen des sehr geringen Überhangs vom vergangenen Jahr mit 2,5 vH nur wenig über der Expansionsrate des Vorjahrs (rund 2 vH) liegen. Das Beschäftigungsvolumen wird insgesamt stagnieren; ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht zu erwarten. Der Preisauftrieb dürfte sich insgesamt nicht mehr verlangsamen. 1978 wird der Verbraucherpreisanstieg dennoch im Durchschnitt mit reichlich 7 vH merklich geringer sein als im Vorjahr (1977 fast 10 vH).

Welthandel expandiert weiter

Der Welthandel nimmt seit Mitte letzten Jahres wieder zu. Die Importnachfrage Westeuropas, die zuvor zurückgegangen war, begann sich zu erholen. Impulse kamen aber auch von den verstärkt zunehmenden Einfuhren der OPEC-Länder, der nichterdöl-exportierenden Entwicklungsländer und den wieder steigenden Bezügen der Staatshandelsländer. Dagegen haben die Importe der USA konjunkturell stagniert.

Die Entwicklung des Welthandels wird im Laufe dieses Jahres von der etwas stärkeren konjunkturellen Expansion in den meisten Industrieländern geprägt werden. Zwar werden die Importe der USA erheblich langsamer als im letzten Jahr zunehmen. Andererseits ist aber mit lebhafteren Einfuhren Westeuropas zu rechnen. Dabei werden vom Lagerzyklus eher wieder expansive Impulse auf den Welthandel ausgehen.

Kräftiger als die Industrieländer werden wiederum die Erdölexportländer ihre Einfuhren erhöhen, wenn auch das Anstiegstempo geringer als in den letzten Jahren sein wird. Die übrigen Entwicklungsländer, deren Terms of Trade sich seit Mitte 1977 verschlechtert haben, werden ihre Einfuhr nur in gerin-

gem Maße ausweiten. Für die Staatshandelsländer, die ihre Bezüge aus der übrigen Welt 1977 eingeschränkt hatten, kann nach der fühlbaren Verminderung der Außenhandelsdefizite wieder mit einer geringen Zunahme der Einfuhr gerechnet werden. Insgesamt dürfte das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt 1978 um annähernd 5 vH (nach 3,5 vH im Jahre 1977) steigen.

Schwacher Anstieg der Rohstoffpreise

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe hat sich das Preisniveau, gemessen am HWWA-Index auf Dollarbasis, von Oktober 1977 bis Mitte April 1978 kaum erhöht. Wegen der Dollarabwertung ergab sich für viele Länder sogar eine Verbilligung importierter Rohstoffe. Die Flaute auf den Rohstoffmärkten ist vor allem auf die anhaltend schwache Nachfrage der Verarbeiter zurückzuführen. Der Rohstoffverbrauch nahm wegen der verhaltenen Konjunktur in den westlichen Industrieländern nur wenig zu. Überdies blieben die Verarbeiter in ihrer Lagerpolitik zurückhaltend. Sie wurden darin durch die nach wie vor sehr hohen Rohstoffvorräte bei den Produzenten und an den Warenbörsen bestärkt.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Rohstoffverbrauch bei der zu erwartenden lebhafteren Entwicklung der Industrieproduktion etwas stärker expandieren. Mit größeren Vorratskäufen ist auch in naher Zukunft nicht zu rechnen, weil sich auf den wichtigsten Märkten an dem reichlichen Angebot wenig ändern wird. Es bleibt nämlich weiterhin fraglich, ob die Bemühungen der Produzenten um eine Drosselung der Produktion zügig realisiert werden können; gewisse „Erfolge“ sind bisher nur auf einzelnen Märkten zu erkennen. Bei Spinnstoffen ist wegen der niedrigen Notierungen mit einer Einschränkung des Angebots zu rechnen. Das Preisniveau bei Industrierohstoffen wird im allgemeinen nur wenig steigen.

Auf den Märkten für Nahrungs- und Genußmittel ist das Preisniveau, teils im Zusammenhang mit den Währungsturbulenzen, im Winterhalbjahr leicht gestiegen. Da für den weiteren Verlauf des Jahres 1978 eine Veränderung der grundlegenden Marktdaten nicht zu erwarten ist, dürfte sich das Preisniveau kaum weiter erhöhen. Die Märkte für Getreide und Zucker sind durch nach wie vor hohe Lagerbestände gekennzeichnet, jedoch werden die Preise durch angebotsregulierende Maßnahmen, vor allem in den USA und der EG, gestützt. Auf den Märkten für Ölsaaten, wo derartige Eingriffe nicht geplant sind, ist – bei reichlichem Angebot – eine leichte Preisabschwächung zu erwarten. Auf den Märkten für Rind- und Schaffleisch lassen Angebotsrückgänge in wichtigen Produktionsgebieten geringe Preissteigerungen

erwarten. Die Preise für Kaffee und Kakao werden sich aufgrund der anhaltenden Entspannung der Versorgungslage 1978, wenn auch abgeschwächt, weiter ermäßigen.

Ausblick: Weitere Entwicklung mit erheblichen Risiken

Die entscheidende Frage ist gegenwärtig, ob die im Winterhalbjahr 1977/78 beobachtete Aufwärtsbewegung in den westlichen Industrieländern in einen nachhaltigen, von Investitionen getragenen Aufschwung übergeht. Die Aussichten dafür sind unsicher:

- Zwar dürfte in Westeuropa und Japan mit der leichten Konjunkturbelebung auch eine tendenzielle Verschiebung der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmen in Gang gekommen sein; es ist aber offen, ob von dieser Seite her die Voraussetzungen für eine länger anhaltende Expansion spürbar verbessert werden.
- An den Devisenmärkten kam es seit verganginem Herbst zu erheblichen Turbulenzen. Wohl sprechen die Erfahrungen seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen dafür, daß Verschiebungen der Wechselkursrelationen und speziell die Abwertung des Dollars kurzfristig kaum eine nennenswerte Verlagerung der Welthandelsströme auslösen werden. Vermutlich schneller schlagen Wechselkursänderungen auf Gewinnerwartungen und Investitionsneigung durch — in den Aufwertungsländern dämpfend, in den Abwertungsländern stimulierend. Solange die starke Unruhe an den Devisenmärkten anhält, läßt die Ungewißheit über die längerfristige Wechselkursentwicklung die retardierenden Wirkungen überwiegen.
- Belastend für das internationale Konjunkturklima wirken sich auch die verstärkten protektionistischen Bestrebungen aus, die die Ausdehnung des Welthandels beeinträchtigen, die Investitionsneigung überwiegend dämpfen und damit den wachstumsfördernden Strukturwandel hemmen.
- Ein weiterer Unsicherheitsfaktor, der mit den anderen in engem Zusammenhang steht, ist die Ungewißheit über die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik. In den USA rücken mit der Verstärkung der Inflationserwartungen und anhaltend hohen Leistungsbilanzdefiziten stabilitäts- und zahlungsbilanzpolitische Ziele in den Vordergrund; in Westeuropa haben nicht zuletzt die Bemühungen um eine Dämpfung der Aufwertungstendenzen verschiedentlich eine so starke monetäre Expansion zur Folge gehabt, daß eine Korrektur wahrscheinlich ist. Zeitpunkt und Ausmaß der wirtschaftspolitischen Reaktionen sind aber schwer abschätzbar.

Die Prognose der Weltkonjunktur geht von der Annahme aus, daß die Finanzpolitik im laufenden Jahr in den meisten Industrieländern ihren mehr oder weniger expansiven Kurs entsprechend den Budgetplanungen weiter verfolgt. Darüber hinaus wird unterstellt, daß es zu einer gewissen Abbremsung der monetären Expansion im Interesse einer Verstetigung der künftigen Entwicklung kommt.

Unter diesen Voraussetzungen dürften sich die konjunkturellen Besserungstendenzen in Japan und Westeuropa fortsetzen. Einige kleinere Länder, die bisher unter binnen- und außenwirtschaftlichem Konsolidierungszwang allenfalls partielle Stützungsmaßnahmen ergreifen konnten, werden vermutlich die Konjunkturflaute nur zögernd überwinden. Mit einer weiteren Verlangsamung der Expansion ist dagegen in den USA zu rechnen, zumal allmählich die Wirkungen der im letzten Jahr beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen abebben und die Unwägbarkeiten der künftigen Wirtschaftspolitik die Investoren verunsichern.

Insgesamt dürfte die Zunahme des Sozialproduktes in Westeuropa im Durchschnitt dieses Jahres etwa 2 1/2 vH betragen, nach 2 vH 1977; für die westlichen Industrieländer insgesamt ist demgegenüber aufgrund der Verlangsamung in den USA eine Verringerung der durchschnittlichen Zuwachsrates von knapp 4 vH im Jahre 1977 auf 3 1/2 vH im Jahre 1978 zu erwarten. Mit einer sich selbst tragenden und sich verstärkenden Aufwärtsentwicklung ist also nicht zu rechnen.

Eine nennenswerte Besserung der Lage auf den Arbeitsmärkten ist nicht in Sicht; die Beschäftigung wird nur wenig steigen, zumal in vielen Ländern Arbeitskräfte aufgrund von Entlassungsschutzvorschriften oder Subventionszahlungen „gehortet“ worden sind. Eine weitere Dämpfung des laufenden Preisanstiegs ist unwahrscheinlich: Zwar werden höhere Produktivitätsfortschritte entlastend wirken, aber die Belebung der Nachfrage wird Kostenüberwälzungen wieder erleichtern. Nur wegen des geringen Überhangs zur Jahreswende dürfte der durchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise in den westlichen Industrieländern in diesem Jahr mit etwa 6 1/2 vH merklich niedriger sein als 1977 (8 vH).

Da sich das Konjunkturgefälle zwischen den USA einerseits sowie Westeuropa und Japan andererseits verringern und der Anstieg der amerikanischen Öleinfuhren nachlassen dürfte, wird das Leistungsbilanzdefizit der USA wohl nicht mehr nennenswert steigen. Die Finanzierung dieses Defizits über Kapitalzuflüsse wird bei der zu erwartenden stabilitätsbewußteren Wirtschaftspolitik der USA eher als bisher möglich sein. Damit zeichnen sich auch bessere Voraussetzungen für ein Nachlassen der Turbulenzen um den Dollar ab.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem Zustand hoher Labilität. Obwohl die Finanzpolitik im vergangenen Jahr vom Bestreben, die hohen öffentlichen Defizite zu verringern, auf einen Kurs der Konjunkturstützung umgeschwenkt ist und die Bundesbank eine kräftige Ausweitung der Geldversorgung betrieben hat, erweist sich die Wirtschaft als anfällig gegen Störungen. So haben der rasche Kursverlust des Dollars und die harten Arbeitskämpfe erneut zu Unsicherheit in den Erwartungen der Unternehmer und zur Zurückhaltung bei Nachfrage und Produktion geführt.

Nachdem die inländische Nachfrage — gemessen an den Auftragseingängen beim verarbeitenden Gewerbe — bis zur Jahreswende recht kräftig gestiegen war, kam es danach zu einem Rückschlag. Besonders stark hatten die Bestellungen bei den Investitionsgüter produzierenden Bereichen zugenommen; dabei spielten jedoch Großaufträge der Bundeswehr eine wichtige Rolle. Auch die Entwicklung der Produktion war durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Das insgesamt schwache Tempo der Produktionsausweitung ließ eine Zunahme der Beschäftigung nicht zu.

Die Stabilisierung des Preisniveaus schritt weiter voran. Auf der Verbraucherstufe ging die Preisberuhigung zu einem beträchtlichen Teil von den Nahrungsmitteln aus.

Kurswechsel in der Finanzpolitik

Als im Laufe des vergangenen Jahres die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung erlahmte, änderte die Finanzpolitik ihren Kurs. An die Stelle der Bemühungen um rasche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte trat das Bestreben, die Konjunktur durch verstärkte Steigerung der Ausgaben und Verminderung der Steuerbelastung anzuregen. Hierzu wurden im Herbst neue Maßnahmen beschlossen, die, wie die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages bei der Lohnsteuer, zum Teil schon im vergangenen Jahr wirksam wurden. Darüber hinaus wurde das mittelfristige Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge verstärkt in den Dienst der Konjunkturpolitik gestellt. Die Aufträge des Staates an die Bauwirtschaft und andere Zweige der gewerblichen Wirtschaft sind bereits beträchtlich gestiegen.

Die öffentlichen Ausgaben haben sich in den letzten Monaten deutlich erhöht. Ein beträchtlicher Teil des Anstiegs entfiel allerdings auf Übertragungen an Unternehmen und private Haushalte. Dabei handelte es sich hauptsächlich um — unvorherge-

sehene — Zuschüsse an die Bundesbahn und umfangreiche Zahlungen von Sparprämien. Der reale Staatsverbrauch nahm wieder etwas zu.

Die Steuereinnahmen stiegen trotz der insgesamt nur schwachen konjunkturellen Entwicklung bis Jahresende außergewöhnlich kräftig. Den Ausschlag dafür gaben hohe Abschlußzahlungen für frühere Veranlagungszeiträume sowie starke Heraufsetzungen der Vorauszahlungen bei den Steuern vom Einkommen und die Reform des Körperschaftsteuerrechts.

Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften hat sich allem Anschein nach in den letzten Monaten noch nicht deutlich erhöht.

Kräftige Ausweitung der Geldmenge

Nachdem sich die Bundesbank vom Frühsommer 1977 an um eine reichlichere Liquiditätsversorgung von Wirtschaft und Banken bemüht hatte, um der Konjunktur neue Impulse zu geben, kam es zu einer verstärkten Ausweitung der Geldmenge. Im Winterhalbjahr wurde der Expansionskurs übersteuert: Im Oktober begann die Bundesbank, an den Devisenmärkten zu intervenieren; bis März 1978 kaufte sie für 15 Mrd. DM Devisen. Der damit verbundene Liquiditätszustrom führte dazu, daß die Geldmengenausweitung — gleich welche Abgrenzung man wählt — ein Tempo erreichte, das deutlich über der Zielvorgabe der Bundesbank liegt und mit einer stabilisierungs- und wachstumsgerechten Ausweitung nicht zu vereinbaren ist.

Um Kapitalzuflüssen aus dem Ausland entgegenzuwirken, ermäßigte die Bundesbank im Dezember den Diskont- und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt und verschärfte die Mindestreserveanforderungen für die Auslandsverbindlichkeiten der Banken. Diese Maßnahmen vermochten jedoch an der Grundkonstellation auf dem Devisenmarkt nichts zu ändern.

Im Februar und März stiegen die Zentralbankgeldmenge sowie vermutlich auch die Geldbestände in anderen Abgrenzungen zwar weniger stark als zuvor; dies lag aber vor allem daran, daß der Bund sehr viel mehr Kredit aufnahm, als er zur laufenden Finanzierung seiner Ausgaben benötigte, und die überschüssigen Mittel vorerst bei der Bundesbank anlegte. Diese Gelder werden mit den im Jahresverlauf kräftig steigenden Ausgaben wieder in den Kreislauf zurückfließen und — soweit keine Gegenkräfte wirksam werden — die Liquidität von Wirtschaft und Kreditinstituten weiter erhöhen.

Bauinvestitionen von finanzpolitischen Anregungen und niedrigem Zins begünstigt

Die Bauinvestitionen nahmen in den letzten Monaten unter dem Einfluß der verstärkten Auftragsvergabe der öffentlichen Hand und der steuerlichen Begünstigungen wieder deutlich zu, nur vorübergehend durch die außergewöhnlich ungünstige Witterung behindert.

Die Aufträge für Bauten haben sich kräftig erhöht. Das gilt besonders für die Tiefbauaufträge öffentlicher Bauherren, die bereits seit dem Frühjahr 1977 stetig steigen. Die Gemeinden haben in den letzten Monaten des vergangenen Jahres ihre Aufträge so stark gesteigert, daß das von ihnen erteilte Auftragsvolumen Ende des vergangenen Jahres um rund ein Drittel höher war als vor einem Jahr und um ein Fünftel höher als Ende 1975, als schon einmal ein Auftragsschub ausgelöst worden war, damals durch das „Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen“. Auch die Aufträge für Wohnbauten sind deutlich gestiegen, und zwar rascher als die Genehmigungen. Offenbar haben die niedrigen Zinsen und die Erwartung verstärkter steigender Preise manchen Bauherrn veranlaßt, jetzt die Aufträge für vorher genehmigte Bauten zu erteilen. Hinzu kamen Aufträge für Modernisierungen, die nicht immer genehmigungspflichtig sind. Die Bauneigung der Unternehmen blieb dagegen verhalten. Die Aufträge für Wirtschaftsbauten nahmen jedenfalls nur wenig zu. Insgesamt war die Nachfrage aber so kräftig, daß die Bauwirtschaft die Preise verstärkt anheben konnte.

Unstetige Entwicklung des privaten Verbrauchs

Unter dem Einfluß der konjunkturpolitischen Maßnahmen hat sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte verstärkt erhöht. Die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages, der Vorsorgepauschale, des Grundfreibetrages sowie die Einführung des Tariffreibetrages ließen die Nettolöhne und -gehälter beschleunigt steigen. Außerdem wurde das Kindergeld aufgestockt.

Nach der sprunghaften Erhöhung des privaten Verbrauchs im Sommer vergangenen Jahres, die durch das Freiwerden umfangreicher prämiengünstiger Ersparnisse bewirkt worden war, blieb vorübergehend eine weitere Steigerung aus. In den letzten Monaten zog der Verbrauch mit der Entwicklung des Einkommens wieder mit.

In der Gunst der privaten Haushalte standen besonders Kraftfahrzeuge und Reisen. Die Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge, die bis weit ins Jahr 1977 hinein stagniert hatten, belebten sich gegen Ende des Jahres wieder. Dabei vergrößerte jedes zweite Fahr-

zeug den Fahrzeugbestand; im Tiefpunkt der Automobilkonjunktur im Jahre 1974 galt dies nur für jedes fünfte. Urlaubsreisen ins Ausland wurden zunehmend attraktiv, da sie sich wegen der Aufwertung der D-Mark weniger stark verteuert haben als Reisen im Inland. Die Ausgaben für Auslandsreisen übertrafen im vierten Vierteljahr das Vorjahrsniveau um fast ein Fünftel, die Ausgaben für Reisen im Inland dagegen nicht einmal um ein Zehntel.

Kein Durchbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen

Bei den Ausrüstungsinvestitionen blieb bisher der erhoffte Durchbruch zu einem starken, die Entwicklung in den anderen Bereichen aufwärtstreibenden Anstieg aus. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern hat sich nach einer Flaute im Sommer gegen Ende des vergangenen Jahres zwar deutlich erholt, die Steigerung war aber nur von kurzer Dauer und ging nur von wenigen Bereichen aus. Zu ihnen zählen neben dem Fahrzeugbau die von den Konjunkturprogrammen begünstigte Bauwirtschaft sowie die Landwirtschaft. Vermehrt nachgefragt wurden neben Bau-, Land- und Werkzeugmaschinen nicht zuletzt auch Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte.

Die Preise für Investitionsgüter blieben im zweiten Halbjahr 1977 stabil; zu Jahresbeginn wurden sie, wie üblich, angehoben, jedoch deutlich weniger als vor einem Jahr.

Durch Sondereinflüsse verzerrte Entwicklung der Ausfuhr

Die Ausfuhr von Waren unterlag im Winterhalbjahr ausgeprägten Sondereinflüssen, die sie zunächst übersteigert zunehmen und in den ersten Monaten dieses Jahres zurückgehen ließen. Dabei handelte es sich um vorgezogene Bezüge des Auslands; Anlaß dazu gaben die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf höherwertige Waren in Österreich (Luxussteuer), befürchtete Streiks sowie die Sorge um Beschränkungen und Erschwerungen von Importen. Darüber hinaus mag auch die Erwartung einer weiteren Aufwertung der D-Mark eine Rolle gespielt haben. Über den gesamten Zeitraum betrachtet expandierte die Ausfuhr in mäßigem Tempo.

Der Anstieg der Exporte wurde vor allem von den Lieferungen in die USA sowie in OPEC- und Staatshandelsländer getragen. Begünstigt waren namentlich vor allem die Exporte des Fahrzeugbaus, der elektrotechnischen sowie der chemischen Industrie und der Eisen- und Stahlindustrie.

Bei den Preisen für die Ausfuhr hielt der Rückgang nur bis zum Jahresende an. Danach kam es

zu den zu dieser Jahreszeit üblichen Preiserhöhungen, die diesmal allerdings schwächer ausfielen als in den früheren Jahren. Trotz der Aufwertung der D-Mark waren sie im Investitions- und Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe nicht niedriger als im Inlandsabsatz.

Anstieg der Einfuhr verlangsamt

Der Anstieg der Einfuhr hat sich in den letzten Monaten abgeschwächt. Dabei hat sich die Zusammensetzung der Importe von Vorprodukten deutlich verändert: Während die Importe von Erdöl beachtlich sanken, sind die von Erdgas beträchtlich gestiegen, da die ersten Lieferungen aus neu erschlossenen Feldern in der Nordsee erfolgten. Die Bezüge von Fertigwaren nahmen weiter zu, wenn auch etwas langsamer als vorher.

Die Preise für ausländische Waren sind erneut gesunken, und zwar sehr ausgeprägt für Ernährungsgüter und industrielle Vorprodukte. Hier wirkte sich neben einem hohen Angebotsüberhang auch die Aufwertung der D-Mark aus. Die Preise für Enderzeugnisse stiegen kaum noch.

Keine Zunahme der Beschäftigung

Gegen Ende des vergangenen Jahres hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar erholt; diese Phase war indes nur von kurzer Dauer. Die Auslastung der Produktionsfaktoren blieb daher niedrig und die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften gering. Dem widerspricht nicht, daß in manchen Bereichen Mangel an Facharbeitern herrscht. Zum Teil ist dies Folge von Versäumnissen in der Berufsausbildung in den zurückliegenden Jahren der Vollbeschäftigung, zum Teil Folge mangelnder Lohn-differenzierung. Allerdings sind auch die Anforderungen der Unternehmen an die Arbeitskräfte gestiegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen ging weiter zurück. Der Rückgang beschränkte sich auf Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer blieb nahezu unverändert. Dabei erhöhte sich die der inländischen Arbeitskräfte, während die der ausländischen abnahm. Deren Rückgang hat sich indes verlangsamt, da der Kreis jener ausländischen Arbeitskräfte wächst, denen die Verlängerung der Arbeitserlaubnis nicht mehr verweigert werden kann, weil sie mehr als fünf Jahre in der Bundesrepublik gearbeitet haben. Hinzu kommt, daß immer mehr in der Bundesrepublik heranwachsende Ausländer auf den Arbeitsmarkt drängen und offenbar auch einen Arbeitsplatz erhalten.

Daß sich die Arbeitslosigkeit nicht erhöhte, obwohl das Angebot an inländischen Arbeitskräften wuchs, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich Arbeitskräfte in erheblichem Umfang vorübergehend oder endgültig aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind dabei immer mehr Frauen. Hierzu trug bei, daß das inländische Angebot an weiblichen Arbeitskräften in den letzten vier Jahren demographisch bedingt um fast 200 000 stieg, während das der Männer um 230 000 sank. Zudem sind Arbeitsplätze, die in der Regel von Frauen besetzt sind, stärkerem Rationalisierungsdruck ausgesetzt als die von Männern.

Stark verlangsamter Preisauftrieb

Der Preisauftrieb hat sich nochmals stark verlangsamt. Auf der Verbraucherstufe verringerte sich das Anstiegstempo im Winterhalbjahr auf eine laufende Jahresrate von 2 1/2 vH; dabei blieben die Nahrungsmittelpreise weitgehend stabil, während die Dienstleistungspreise mit einer Jahresrate von über 4 vH erhöht wurden. Die industriellen Erzeugerpreise sind in dieser Zeit überhaupt nicht mehr gestiegen.

Der Preisanstieg war nicht zuletzt wegen der Höherbewertung der D-Mark überraschend gering. Eingeführte Rohstoffe und Halbwaren verbilligten sich; dabei haben sich auch noch die vorangegangenen Preisrückgänge auf den Weltrohstoffmärkten ausgewirkt. Die Preise eingeführter Fertigwaren blieben weitgehend stabil und verringerten die Möglichkeit zu Preiserhöhungen für deutsche Anbieter. Auf dem Baumarkt dagegen hat die Besserung der Nachfragesituation den Spielraum für Preiserhöhungen merklich vergrößert.

Ausblick

Im Frühjahr 1978 hat sich keine Konstellation herausgebildet, bei der die expansiven Kräfte ein eindeutiges Übergewicht haben. Die zur Überwindung der konjunkturellen Schwäche erforderliche Stärkung der privaten Investitionsneigung ist nicht zustande gekommen. Der Rückschlag bei der Investitionsgüternachfrage nach der Jahreswende spricht vielmehr für ein Andauern der konjunkturellen Labilität.

Der Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurden folgende Annahmen zugrundegelegt:

— Unter dem Einfluß expansiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen wird die Weltkonjunktur leicht aufwärtsgerichtet bleiben. Der Welthandel wird real um rund 5 vH zunehmen.

- Der reale Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem Durchschnitt der Währungen der wichtigsten Handelspartner wird sich nicht nennenswert ändern.
- Die Gebietskörperschaften werden ihre Ausgaben im vorgesehenen Umfang erhöhen. Finanzpolitische Maßnahmen, die über die bisher beschlossenen hinausgehen, werden hier nicht unterstellt.
- Die Bundesbank nimmt keinen abrupten Kurswechsel vor, sondern vermindert die Expansion der Geldmenge schrittweise.

Ausfuhr erholt sich nur langsam

Die reale Warenausfuhr wird im weiteren Verlauf dieses Jahres nur allmählich steigen. Dafür spricht die schleppende Entwicklung der Auslandsnachfrage in den letzten Monaten. Zwar wird die anhaltende konjunkturelle Erholung in wichtigen westeuropäischen Ländern zu einer Mehrnachfrage nach deutschen Exportgütern führen, bremsend dürfte sich aber die Aufwertung der D-Mark auswirken. Aller Erfahrung nach zeigen sich die Effekte von Wechselkursveränderungen jedoch erst mit Verzögerung. Die Aufwertung wird besonders bei den Gütern spürbar werden, bei denen der Preis ausschlaggebender Wettbewerbsfaktor ist und die Lieferfristen kurz sind.

Der Export in die OPEC-Länder dürfte überdurchschnittlich expandieren; für die Ausfuhr in die Staatshandelsländer ist mit einer leichten Steigerung zu rechnen, zumal verstärkte Auslieferungen aus Großaufträgen der letzten Jahre zu erwarten sind. Die Ausfuhr in die USA wird wechselkurs- und konjunkturbedingt nur langsam zunehmen.

Staat fördert Konjunktur

Die Entwicklung der Staatsfinanzen steht unter dem Einfluß der 1977 beschlossenen expansiven Maßnahmen. Auf der Ausgabenseite ist vor allem das vor einem Jahr beschlossene Programm für Zukunftsinvestitionen zu nennen. Zudem haben neben dem Bund die meisten Länder ihre Ausgabenansätze für 1978 aufgestockt. Auch die Gemeinden haben ihre Investitionsaufträge kräftig gesteigert; allerdings ist noch nicht sicher, ob dies eine grundsätzliche Korrektur ihres finanzpolitischen Kurses markiert oder allein auf die Realisierung des Programms für Zukunftsinvestitionen zurückzuführen ist.

Eine verstärkte Expansion ist nicht nur für die Investitionen zu erwarten. Auch die Sachkäufe werden deutlicher als im letzten Jahr erhöht werden;

außerdem wird der Staat die Zahl der bei ihm Beschäftigten um etwa 1 vH erhöhen. Insgesamt wird der reale öffentliche Verbrauch mit 3 vH erheblich stärker ausgeweitet werden als 1977. Unter Einfluß der Investitionen wird sich die reale öffentliche Nachfrage um etwa 3,5 vH erhöhen. Zudem steigen die Übertragungen der Gebietskörperschaften an private Haushalte wegen der Anhebung des Kinder- und des Wohngeldes sowie der Verbesserung der Ausbildungsförderung verstärkt.

Auf der Einnahmenseite sind die Steuersenkungen zu nennen, die vor allem mit dem Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung vom Herbst letzten Jahres beschlossen worden sind. Der Gesamtumfang der steuerlichen Entlastung nach Abzug der Mehrwertsteuererhöhung wird für dieses Jahr auf 10 Mrd. DM veranschlagt, nach 2 Mrd. DM im Jahre 1977. Das Steueraufkommen insgesamt wird daher nur um 3 bis 4 vH zunehmen. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer wird nahezu unverändert bleiben, während aufgrund der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stark steigen werden.

Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften wird in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1978 um 12 auf 39 Mrd. DM steigen. In finanzstatistischer Abgrenzung, die in der öffentlichen Diskussion im Vordergrund steht, erhöht es sich um 17 auf 50 Mrd. DM.

Die Haushalte der Sozialversicherung stehen weiterhin im Zeichen der Konsolidierung: Es dominieren Einsparungen, und zwar sowohl bei den Sachausgaben als auch bei den Einkommensübertragungen, die im zweiten Halbjahr infolge des Aufschubs der Rentenanpassung auf den 1. 1. 1979 stagnieren werden. Trotz stark steigender Bundeszuschüsse wird sich das Defizit freilich nur um eine Milliarde D-Mark auf 4 Mrd. DM vermindern.

Unzureichender Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen

Der Rückgang der Bestellungen von Investitionsgütern nach der Jahreswende ist nicht nur Reflex einer vorangegangenen, durch Großaufträge bewirkten Überhöhung, sondern auch Ausdruck neuer Unsicherheit der Investoren. Dies zeigt sich vor allem darin, daß sich auch beim Maschinenbau und bei der Elektrotechnik, deren Auftragsentwicklung zuvor nicht durch Sonderfaktoren begünstigt war, die Nachfrage abgeschwächt hat. Die Befürchtung wachsender Exportschwierigkeiten und zunehmender Importkonkurrenz sowie das gespannte soziale Klima, das in der Härte der Tarifauseinandersetzungen zum Ausdruck kam, dürften die wichtigsten Ursachen dieser erneuten Verunsicherung der Investoren sein.

Die Wirkung der steuerlichen Anreize, die im letzten Jahr für Investitionen beschlossen worden sind, wird sicherlich geringer sein, als sie ohne diese Störfaktoren gewesen wäre.

Dennoch spricht vieles für einen weiteren, wenn auch unzureichenden Investitionsanstieg: Zum einen blieb das Volumen der Auftragseingänge aus dem Inland im Investitionsgüterbereich über einen etwas längeren Zeitraum aufwärtsgerichtet. Es war auch nach der Jahreswende noch größer als vor der Übersteigerung durch Großaufträge. Zum anderen zeichnet sich in den Planungen der Investoren eine erhöhte Investitionstätigkeit ab. Dabei ist bemerkenswert, daß sich – verglichen mit 1977 – die Zahl der Wirtschaftsbereiche vergrößert, für die ein Anstieg der realen Investitionen zu erwarten ist. Besonders stark werden die Investitionen im Fahrzeugbau, in der Bauwirtschaft und in den Dienstleistungsbereichen zunehmen.

Für den Jahresdurchschnitt wird mit einer Ausweitung der realen Ausrüstungsinvestitionen um 4 bis 5 vH gerechnet. Dabei wird die strukturelle Verlagerung zugunsten der Erzeugnisse aus Büro- und Datentechnik anhalten. Die „traditionellen“ Lieferanten, wie der Maschinenbau, werden am Investitionszuwachs unterdurchschnittlich teilhaben, zumal hier mit einem weiteren Vordringen der Konkurrenz aus dem Ausland zu rechnen ist.

Kräftige Belegung der Bauinvestitionen

Bei den Bauinvestitionen werden sich die expansiven Einflüsse der Finanz- und der Geldpolitik eindeutig durchsetzen. Besonders stark werden der öffentliche Bau und der Wohnungsbau expandieren; Anregungen aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen ergeben sich aber auch für den Wirtschaftsbau. Im öffentlichen Bau konzentrieren sich die Mehrausgaben auf den Tiefbau. Im Wohnungsbau werden die Leistungen des Ausbaugewerbes stärker zunehmen als die des Bauhauptgewerbes, weil in steigendem Umfange Modernisierungen vorgenommen werden. Das vorgesehene Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen, das zu zwei Dritteln dem Wohnungsbau und zu einem Drittel dem gewerblichen Bau zugute kommen soll, wird kaum vor der Jahresmitte Gesetz werden und somit in diesem Jahr nur in geringem Umfang produktionswirksam werden. Bei Eigenheimen ergeben sich Anstöße aus der Neuregelung des § 7b EStG, die den Zweiterwerb steuerlich ebenso begünstigt wie den Neubau; bei Mietwohnungen resultieren sie aus der Möglichkeit, die Mieten aufgrund der Modernisierung anzuheben. Der Wohnungsbau – insbesondere der Eigenheimbau – wird weiterhin durch die günstigen Finanzierungsbedingungen angeregt wer-

den. Die Bauherren werden hier wegen der Befürchtung verstärkter Preissteigerungen auf möglichst raschen Baubeginn drängen.

Insgesamt werden die realen Bauinvestitionen in diesem Jahr beschleunigt steigen und im Jahresdurchschnitt das Vorjahrsniveau um etwa 4 vH über treffen.

Konsum stützt Konjunktur

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird zunächst beschleunigt, nach der Jahresmitte aber deutlich abgeschwächt zunehmen. Die Beschleunigung ergibt sich aus den mit den verspäteten Tarifabschlüssen verbundenen Nachzahlungen in wichtigen Wirtschaftsbereichen. Die darauf folgende Verlangsamung wird durch die Verschiebung der Rentenerhöhung noch verstärkt. Diese Temposchwankungen werden sich allerdings nicht voll auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs auswirken. So wird erfahrungsgemäß ein Teil der Lohn- und Gehaltsnachzahlungen erst mit Verzögerung ausgegeben. Die insgesamt nicht ungünstige Einkommensentwicklung und das eher freundliche Konsumklima lassen erwarten, daß der private Verbrauch die Konjunktur weiter stützt.

Unbefriedigendes Wirtschaftswachstum

Nach der sehr schwachen Entwicklung in den ersten Monaten wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar wieder merklich erhöhen; Investitionen, Export und Verbrauch werden in annähernd gleichem Tempo zunehmen. Doch wird die Expansion recht verhalten sein. Die Auslastung des Produktionspotentials wird insgesamt kaum steigen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts nur etwa 2 1/2 vH betragen. Der Anstieg der realen Einfuhr wird dabei, nicht zuletzt als Folge der Aufwertung der D-Mark, wahrscheinlich mehr als doppelt so groß sein.

Keine Entlastung für den Arbeitsmarkt

Die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird auch in diesem Jahr den Arbeitsmarkt nicht entlasten. Selbst ein etwas stärkerer Anstieg des Sozialprodukts, als hier angenommen, könnte mit den vorhandenen Arbeitskräften erreicht werden. Der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften in einigen wenigen Bereichen, z. B. in der Automobilindustrie und im Baugewerbe, die beabsichtigte Personalausweitung im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze werden zwar dazu führen, daß die Zahl der abhängig Beschäftigten insgesamt geringfügig steigen wird. Dies reicht jedoch

nicht einmal aus, um den Rückgang bei den Selbständigen zu kompensieren.

Als Belastung für den Arbeitsmarkt kommt die demographisch bedingte Erhöhung des inländischen Arbeitskräfteangebots hinzu, die für 1978 auf rund 60 000 Kräfte zu beziffern ist. Die Zahl der Arbeitslosen wird wahrscheinlich dennoch nicht steigen, da sich weiterhin in erheblichem Umfang Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben zurückziehen werden. Teilweise wird die Arbeitsplatzsuche vorübergehend aufgegeben, teilweise von der Möglichkeit des vorgezogenen Rentenbezuges Gebrauch gemacht. Auch die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wird sich wiederum durch Abwanderung vermindern, allerdings in relativ geringem Umfang.

Keine weitere Verlangsamung des Preisanstiegs

Die Bedingungen für die Preisstabilisierung werden nun eher wieder ungünstiger. Die preisdämpfenden Wirkungen der Aufwertung der D-Mark werden sicherlich noch einige Monate andauern, dann aber merklich schwächer werden. Dies würde erst recht gelten, wenn der reale Wechselkurs der D-Mark etwa als Reaktion auf die vermutlich überzogene Aufwertung sinken würde. Unabhängig davon sind auf den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten wieder ungünstigere Entwicklungen zu erwarten. Im Zusammenhang mit der leichten Belebung der Weltkonjunktur ist auf den internationalen Rohstoffmärkten künftig eher wieder mit Preissteigerungen zu rechnen, und auf den heimischen Nahrungsmittelmärkten sind schon bei „normalen“ Ernten insgesamt wieder steigende Preise zu erwarten.

Nicht zuletzt aber bedeutet die über längere Zeit beobachtete Veränderung der monetären Bedingungen ein Risiko für die weitere Preisentwicklung. Die starke Ausweitung des Geldvolumens läuft auf eine Vergrößerung der Überwälzungsspielräume hinaus, die angesichts steigender Lohnkosten und vielfach gedrückter Gewinnspannen zu einer erneuten Beschleunigung des Preisanstiegs führen könnte. Im Jahresdurchschnitt für 1978 wird dies allerdings noch nicht sichtbar werden, der Anstieg wird bei den Verbraucherpreisen etwa 3 vH betragen, nach 3,9 vH im vergangenen Jahr.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Waren die Hoffnungen auf eine durchgreifende Besserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1978 schon im vergangenen Herbst nicht sehr groß¹, so sind sie nun noch gedämpfter. Der Optimismus, der sich in den Unternehmerurteilen zur Konjunktur im Gefolge des wirtschaftspoliti-

schen Kurswechsels im vergangenen Herbst zeigte und Hoffnungen auf einen Aufschwung erlaubte, ist inzwischen weitgehend geschwunden. Die Dispositionsbereitschaft der Unternehmen hat wieder nachgelassen. Eine wichtige Rolle spielten hierbei ohne Zweifel die Dollarkrise und die Härte der tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Zwar ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Umkehr der Wechselkursentwicklung das konjunkturelle Klima wieder bessert, aber selbst dann ist nicht damit zu rechnen, daß die Bundesrepublik in diesem Jahr ein angemessenes Wachstum aufweisen und damit dem Ziel einer hohen Beschäftigung näherkommen wird. Würden sich inländische Arbeitskräfte wegen mangelnder Beschäftigungschancen nicht in erheblichem Umfang aus dem Erwerbsleben zurückziehen und ausländische Arbeitskräfte abwandern, dann müßte sogar mit einem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Die anhaltende Investitions- und Wachstumsschwäche erfordern ein abgestimmtes wirtschaftspolitisches Verhalten von Staat, Notenbank und Tarifparteien:

- Statt der anvisierten Rückkehr zu einer forcierten Konsolidierung sollte der Staat weiterhin eine Finanzpolitik betreiben, die das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachhaltig fördert.
- Die Bundesbank sollte, um die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung nicht zu gefährden, bei der stabilitätspolitisch erforderlichen Verminderung der Geldmengenexpansion behutsam vorgehen.
- Die Lohnpolitik sollte eine Verbesserung der noch immer gedrückten Gewinnmargen zulassen.

Die labile Verfassung der Wirtschaft erlaubt es nicht, den aus der Sicht der Haushaltspolitik durchaus verständlichen Konsolidierungsbedarf zur Handlungsmaxime für die Finanzpolitik werden zu lassen. Notwendig ist vielmehr die Fortsetzung der staatlichen Bemühungen, mit öffentlichen Investitionen das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachhaltig zu fördern. Ebenso ist erforderlich, den Leistungswillen hemmende Steuerbelastungen zu beseitigen. Dies führt zwar zunächst zu erhöhten Haushaltsdefiziten. Der vorgeschlagene Kurs der Wachstumsförderung dürfte jedoch die Chancen für eine erheblich gün-

¹ Vgl. „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1977“. Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Institut für Konjunkturforschung), HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

stigere Einnahmenentwicklung in den nächsten Jahren und damit für eine Konsolidierung der Haushalte vergrößern.

Würde die Finanzpolitik dagegen die Konsolidierung wieder in den Vordergrund stellen, so bestünde die Gefahr, daß sie über kurz oder lang gerade wegen einer solchen Haltung gegen ihren Willen noch größere Defizite hinnehmen müßte.

Auch kurzfristig ist die Finanzpolitik nicht chancenlos, würde doch eine Weichenstellung für mehr Wachstum die Erwartungen der Investoren und Konsumenten günstig beeinflussen. Bei der Wahl der Maßnahmen ist zu bedenken, daß angesichts der institutionellen Bedingungen (Stabilitäts- und Wachstumsgesetz) Beschlüsse über Steuerentlastungen prinzipiell rascher zu realisieren sind als über zusätzliche Ausgaben, insbesondere wenn es um Investitionsausgaben geht.

Für eine nachhaltige Besserung der Erwartungen erscheint die Korrektur des Einkommensteuertarifs von erheblicher Bedeutung. Sie sollte so rasch wie möglich realisiert werden. Vordringlich ist die Beseitigung des Tarifsprungs von der Proportional- zur Progressionszone, um bestehende Leistungshemmnisse für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen abzubauen. Darüber hinaus sollte dem inflationsbedingten Progressionseffekt der Einkommensbesteuerung regelmäßig entgegengewirkt werden. Da einer schnellen Realisierung dieser Vorschläge Hindernisse im Wege stehen dürften, ist zu bedenken, ob im Vorgriff auf diese Reform Steuersenkungen nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgenommen werden sollten.

Auf der Ausgabenseite kommt es vor allem auf eine zügige Fortführung der im Programm für Zukunftsinvestitionen angelegten Investitionspolitik an. Dies ist aber nach den vorliegenden Plänen für 1979 und danach nicht gewährleistet. Angesichts der großen Aufgaben wie Umweltschutz und Stadtsanierung kann von einem Mangel an geeigneten Objekten nicht gesprochen werden. Außerdem sollte fortgefahren werden, vom Bedarf her dringend erforderliche Einstellungen von Personal vorzunehmen².

Mangel an Aufgaben besteht zweifellos auch nicht bei der Entwicklungshilfe. Sie aufzustocken wäre nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Hilfeleistung und der Förderung der weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung angezeigt, sondern auch, weil damit erfahrungsgemäß in erheblichem Umfang Nachfrage nach deutschen Exporten entsteht.

Die Geldpolitik sollte auf einen Kurs zurückgeführt werden, der an den mittelfristigen Produktionsmöglichkeiten und am Ziel weiterer Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus ausgerichtet ist. In

den nächsten Monaten besteht die Aufgabe darin, die zeitweilig überaus starke Geldmengenexpansion nicht abrupt, sondern schrittweise zu verringern. Es wäre nicht vertretbar, das für den Jahresdurchschnitt angekündigte Ziel ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Risiken, die eine drastische Verminderung der monetären Expansion in sich birgt, erreichen zu wollen.

Die notwendige Abschwächung der monetären Expansion läßt sich allerdings nur dann erreichen, wenn in Zukunft Devisenkäufe größeren Umfangs unterbleiben; die Erfahrung hat gezeigt, daß ein Abschöpfen von Devisenzuflüssen nur unvollkommen und allenfalls vorübergehend gelingen kann, da die Ursachen für die Zuflüsse durch Abschöpfungsoperationen nicht beseitigt werden. Manches spricht sogar dafür, daß mit Interventionen die Unruhe auf den Märkten vergrößert wird.

Die Lohnrunde 1978 ist weitgehend abgeschlossen. Sie bringt deutlich niedrigere Tarifabschlüsse als im vergangenen Jahr. Der Anstieg der Lohnstückkosten wird ebenfalls geringer ausfallen. Die Gewinnmargen werden jedoch noch immer niedriger sein als 1976, dem bisher einzigen Jahr der Verbesserung nach Jahren ständigen Rückgangs. Die Tarifparteien werden 1979 erneut vor der Aufgabe stehen, Tariflohnerhöhungen zu vereinbaren, die im Rahmen der wirtschaftspolitischen Gesamtkonstellation über eine Verbesserung der Gewinne und Gewinnerwartungen zu einer Stärkung der Investitionsneigung beitragen. Der erhöhten Unsicherheit, der sich die Tarifparteien gegenübersehen, sollte dadurch Rechnung getragen werden, daß statt der bisher für ein Jahr fest im voraus vereinbarten Lohnerhöhungen Formen gefunden werden, die eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen gestatten und insoweit geeignet sind, die Lohnkonflikte zu entschärfen. Über die Bedeutung solcher

² Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung*, Berlin, vertritt die Auffassung, daß der Schwerpunkt der Finanzpolitik auf der Ausgabenseite liegen sollte. Dabei müßten die staatlichen Ausgabenprogramme mittelfristig erheblich aufgestockt und die Planungen hierfür unverzüglich eingeleitet werden. Auch wenn Steuersenkungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes schneller beschlossen werden können, ist es fraglich, ob von ihnen die erstrebten Anregungen ausgehen werden. Die konjunkturellen Wirkungen von Steuersenkungen sind als geringer zu veranschlagen als die von zusätzlichen öffentlichen Ausgaben, da sie, wie die Erfahrungen gezeigt haben, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit durch verstärktes Sparen geschmälert werden. Hinzu kommt, daß bei einem proportionalen Steuerabschlag auch die Bezieher höherer Einkommen mit einer hohen Sparquote begünstigt werden. Der Staat würde überdies seine Aufgabe, eine mittelfristige Strategie der Ausgabensteigerung zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung zu verfolgen, nicht erfüllen können, wenn die Ausgabenfinanzierung infolge von Steuersenkungen gefährdet würde.

Regelungen bestehen allerdings Auffassungsunterschiede zwischen den Instituten.

Die Tarifparteien sollten erwägen, angesichts der unbefriedigenden Arbeitsmarktlage zu einer Politik der Arbeitszeitverkürzung zurückzukehren, wie sie bis vor wenigen Jahren üblich war. Die Verkürzungen sollten in kleinen Schritten und nach Branchen differenziert vorgenommen werden und mit weitgehendem Verzicht auf Lohnausgleich verbunden sein, um Anreiz für Neueinstellungen zu schaffen.

Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten wäre auch eine größere Flexibilität bei der Wahl des Zeitpunktes für den Eintritt ins Rentenalter zu erwägen. Auch eine Verlängerung der Ausbildung sollte dort in die Überlegungen einbezogen werden, wo bessere Vorbereitung auf den Beruf längere Ausbildungszeiten erfordert. Bei solchen staatlichen Maßnahmen zur Verringerung des Arbeitskräfteangebots muß vermieden werden, daß hierdurch für die Erwerbstätigen Lasten entstehen, die so groß sind, daß sie ihrerseits wieder das Wachstumsziel gefährden. Dann wäre für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit letztlich nichts gewonnen.

Die vorgeschlagene finanz-, geld- und lohnpolitische Strategie ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige konjunkturelle Besserung in der Bundesrepublik. Sie ist zugleich ein geeigneter Beitrag der Bundesrepublik zur Lösung internationaler Probleme. Deren Lösung verlangt allerdings ein Zusammenwirken einer Vielzahl von Ländern. Angesichts der starken internationalen Verflechtungen der Bundesrepublik kann die nationale Wirtschaftspolitik im Alleingang nur begrenzt erfolgreich sein. Vielmehr bedarf es als zusätzlicher Bedingung einer nachhaltigen Besserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

* * *

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, stimmt in der Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung mit den anderen Instituten überein, vertritt aber in den wirtschaftspolitischen Überlegungen folgende abweichende Ansicht:

Die Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung ist nicht eine Erscheinung der letzten Monate; sie hält bereits seit Herbst 1976 an. Ihre Gründe liegen in einem tiefgreifenden Mangel an Zuversicht bei den Unternehmern, der hauptsächlich dadurch bedingt ist, daß die Gewerkschaften in den letzten Jahren auch dann auf hohen Lohnsteigerungen beharrten, wenn diese infolge des Fehlens ausreichender Nachfrage und Überwälzungsmöglichkeiten die Ertrags-erwartungen der Unternehmer dämpften und an den Erträgen zehrten. Hinzu kommt, daß die Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, ja auch die Geldpoli-

itik, häufig gestaltende Stetigkeit vermissen ließen und deshalb für langfristige Planungen der Unternehmen keinen verlässlichen Datenrahmen bildeten, sondern eher Risiken bargen.

Die zahlreichen in den letzten drei Jahren zur Anregung der Nachfrage durchgeführten staatlichen Programme haben die Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung nicht beseitigt. Ja, es ist nicht auszuschließen, daß sie — zusammen mit dem Einstellungsstopp für Ausländer, mit Importrestriktionen und Subventionen — die Tarifparteien in ihrem konjunkturwidrigen Verhalten bestärkten, weil sie die irrige Ansicht stützten, der Staat könne und werde für genügend Nachfrage und Beschäftigung sorgen und Arbeitsplätze notfalls mit weiteren Eingriffen in das marktwirtschaftliche Geschehen sichern.

Zur Überwindung der Konjunkturschwäche erforderlich sind demzufolge nicht neue konjunkturanregende Ausgabensteigerungen oder Steuerensenkungen; notwendig ist vielmehr zu allererst eine Rückkehr der Gewerkschaften zu einem konjunkturgerechten Verhalten sowie mehr Stetigkeit in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik, die zudem keinen Zweifel darüber aufkommen lassen sollte, daß sie das marktwirtschaftliche Ordnungssystem nicht weiter befrachten lassen will.

Neue finanzpolitische Anstrengungen zur Überwindung der Konjunkturschwäche würden die Verschuldung des Staates weiter erhöhen und Rückwirkungen auf die Zinsen haben. Sie könnten zu einer Umkehr der Zinsentwicklung führen, zumal die bisherige Stabilisierung des Preisniveaus ohnehin schon bald von einer Verstärkung des Preisauftriebs abgelöst werden dürfte. Zudem besteht das Risiko, daß der häufige Wechsel des finanzpolitischen Kurses den Eindruck erweckt, die Politik könne den Kurs nicht mehr selbst bestimmen. Erneute Steigerungen des öffentlichen Defizits könnten also — zusammen mit den Erfahrungen bei der Lösung der Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung — Verunsicherungen nicht verringern, sondern vergrößern.

Diese Einwände gelten grundsätzlich gegen alle Maßnahmen, die die Verschuldung des Staates erhöhen, also auch gegen zusätzliche Ausgaben für Entwicklungshilfe und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, soweit diese nicht aus Mehreinnahmen oder zu Lasten anderer Ausgaben finanziert werden.

Sollte sich die Bundesregierung aufgrund eingegangener Verpflichtungen oder verbindlicher Zusagen trotzdem zu erneuten Maßnahmen gezwungen sehen, so sollte sie diese so wählen, daß sie ein Schritt zu der offenbar auch von ihr als angebracht erachteten Einebnung der starken Progression im Lohn- und Einkommensteuertarif wären. Hoffnungen,

daß es damit gelingen könnte, die Labilität der wirtschaftlichen Entwicklung zu beheben, sollte sie allerdings nicht pflegen.

Gewiß hat auch der rasche Kursverlust des Dollar die Erwartungen von Unternehmen gedämpft; diese Dämpfung wäre aber ohne Zweifel geringer, wenn die Erträge nicht unter dem starken Druck der Lohn-erhöhungen der letzten Jahre stünden.

Von den Tarifparteien vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen könnten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nur ohne Lohnausgleich hilfreich sein. Dies bedeutete freilich einen Verzicht auf Einkommen — und damit eine „Korrektur“ der überzogenen Lohn-erhöhungen der letzten Jahre. Mit Lohnausgleich würden Arbeitszeitverkürzungen die Kosten erhöhen und die Unternehmen von Einstellungen zusätzlicher Arbeitskräfte abhalten.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1978

	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1978 ²⁾	1977		1978	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts, real
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	- 0,9	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,7	- 0,5	0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,3	- 0,4	- 0,5	0,2	- 1,0	- 0,5	0
Arbeitstage ³⁾	0,7	- 0,3	0	- 0,3	- 0,3	0,5	- 0,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,1	- 1,1	- 1	- 0,3	- 2,0	- 1	- 1
Produktivität ⁴⁾	5,5	3,7	3,5	3,4	4,2	3,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt	5,6	2,6	2,5	3,1	2,1	2,5	3,0

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	621,9	665,1	705,5	315,9	349,2	337,5	367,5
Staatsverbrauch	227,5	240,2	257	110,4	129,8	117,5	139
Anlageinvestitionen	232,9	247,8	269	114,9	132,9	122,5	146
Ausrüstungen	91,4	98,4	105,5	45,8	52,6	49	56
Bauten	141,5	149,4	163,5	69,1	80,3	73,5	90
Vorratsveränderung	13,4	12,7	12,5	9,6	3,1	9,5	3
Außenbeitrag	28,1	27,5	29	13,8	13,9	15	14
Ausfuhr	310,4	328,0	344	159,2	168,8	167	177
Einfuhr	282,3	300,5	315	145,7	154,9	152	163
Bruttosozialprodukt	1 123,8	1 193,3	1 272,5	564,4	628,9	602,5	670

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	8,2	6,9	6	6,5	7,3	7	5,5
Staatsverbrauch	5,7	5,8	7	4,8	6,3	6,5	7
Anlageinvestitionen	8,5	6,4	8,5	7,9	5,2	7	10
Ausrüstungen	11,1	7,7	7	6,9	8,4	7,5	7
Bauten	7,0	5,6	9,5	8,5	3,2	6,5	12
Ausfuhr	14,1	5,7	5	7,0	4,4	5	5
Einfuhr	16,3	6,5	5	8,5	4,6	4,5	5
Bruttosozialprodukt	9,1	6,2	6,5	6,3	6,1	6,5	6,5

in Preisen von 1970
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	439,4	452,3	465	217,0	235,3	225	240
Staatsverbrauch	141,6	142,6	147	68,6	74,0	70,5	76
Anlageinvestitionen	173,7	178,4	186	83,6	94,8	86	100
Ausrüstungen	69,8	72,8	76	34,0	38,8	35,5	40,5
Bauten	103,9	105,6	110	49,5	56,0	50	59,5
Vorratsveränderung	9,4	8,7	8,5	6,6	2,1	6,5	2
Außenbeitrag	25,0	26,0	23,5	13,5	12,6	11	12
Ausfuhr	222,1	231,3	240	112,4	118,9	117	123
Einfuhr	197,1	205,3	217	99,0	106,3	106	111
Bruttosozialprodukt	789,1	808,0	829,5	389,2	418,8	399	430,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,6	2,9	3	2,5	3,3	3,5	2
Staatsverbrauch	2,4	0,7	3	- 0,0	1,4	3	3
Anlageinvestitionen	5,0	2,7	4	4,0	1,6	2,5	5,5
Ausrüstungen	7,2	4,4	4,5	3,1	5,5	5	4
Bauten	3,7	1,6	4	4,6	- 1,0	1	6,5
Ausfuhr	11,1	4,2	4	5,0	3,4	4,5	3,5
Einfuhr	10,6	4,2	5,5	4,4	4,0	7	4
Bruttosozialprodukt	5,7	2,4	2,5	2,9	2,0	2,5	3

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1978 ²⁾	1977		1978	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

3. Preisniveau der Verwendungseite des Sozialprodukts (1970 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	4,5	3,9	3	3,9	3,8	3	3
Staatsverbrauch	3,2	4,8	4	4,8	4,8	3,5	4
Anlageinvestitionen	3,3	3,7	4	3,8	3,5	4	4,5
Ausrüstungen	3,6	3,1	2,5	3,7	2,7	2,5	2,5
Bauten	3,2	4,0	5	3,7	4,2	5	5
Ausfuhr	2,7	1,4	1	1,9	1,0	0,5	1,5
Einfuhr	5,1	2,2	- 1	4,0	0,6	- 2,5	1
Bruttosozialprodukt	3,2	3,7	4	3,3	4,0	4	3,5

4. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	624,7	668,3	707,5	321,5	346,8	341	367
Bruttolohn- und -gehaltsumme	510,6	546,1	578	261,4	284,7	277	301
Nettolohn- und -gehaltsumme	359,8	380,8	406,5	186,0	194,8	199	207,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	252,2	260,0	278	114,4	145,5	122,5	155,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁵⁾	197,4	194,5	216,5	82,7	111,8	92,5	124
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁶⁾	186,3	189,3	200,5	83,2	106,1	87	113
Nichtentnommene Gewinne	11,1	5,2	16	- 0,5	5,7	5	11
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	876,9	928,2	986	435,9	492,3	463,5	522,5
Abschreibungen	125,7	135,2	146	66,4	68,8	71,5	74,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	121,2	129,9	140,5	62,1	67,8	67,5	73,5
Bruttosozialprodukt	1123,8	1193,3	1272,5	564,4	628,9	602,5	670

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,0	7,0	6	7,7	6,3	6	6
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,5	7,0	6	7,6	6,4	6	6
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	5,8	6,5	5,9	5,7	7	6,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,0	6,9	6	7,2	6,7	6	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,2	5,8	6,5	5,5	6,0	7	6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	15,6	3,1	7	1,5	4,4	7	7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ⁵⁾	13,4	- 1,4	11,5	- 5,4	1,8	11,5	11
darunter: Entnahmen und Vermögenseinkommen ⁶⁾	9,9	1,6	6	3,3	- 0,4	5	7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	9,3	5,9	6	6,0	5,7	6,5	6
Abschreibungen	7,4	7,5	8	7,6	7,3	7,5	8,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	8,9	7,2	8,5	7,5	6,9	8,5	8
Bruttosozialprodukt	9,1	6,2	6,5	6,3	6,1	6,5	6,5

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	359,8	380,8	406,5	186,0	194,8	199	207,4
Empfangene laufende Übertragungen	195,9	210,1	224	102,5	107,6	111,5	112,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	201,6	209,3	222,5	93,4	115,9	98	124,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	7,6	8,1	8,5	3,9	4,1	4	4,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁷⁾	23,0	23,0	23,5	10,5	12,5	11	13
Verfügbares Einkommen	726,7	769,0	820	367,5	401,6	393,5	426,5
Privater Verbrauch	621,9	665,1	705,5	315,9	349,2	337,5	367,5
Laufende Ersparnis	104,8	103,9	115	51,5	52,4	56	59
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	14,4	13,5	14	14,0	13,0	14	14

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	5,8	6,5	5,9	5,7	7	6,5
Empfangene laufende Übertragungen	7,1	7,3	6,5	6,8	7,7	9	4,5
Entnahmen und Vermögenseinkommen	10,9	3,8	6,5	6,5	1,8	5	9
Verfügbares Einkommen	6,5	5,8	6,5	6,5	5,2	7	6
Privater Verbrauch	8,2	6,9	6	6,5	7,3	7	5,5
Laufende Ersparnis	- 2,8	- 0,8	10,5	6,3	- 7,0	8,5	12,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1976 ¹⁾	1977 ¹⁾	1978 ²⁾	1977		1978	
	Jahre			1. Hj.1)	2. Hj.1)	1. Hj.2)	2. Hj.2)

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates³⁾
a) in Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern ⁴⁾	282,0	313,7	324,5	146,4	167,3	152	173
Sozialbeiträge	173,0	184,8	196	90,2	94,6	96	100
Erwerbseinkünfte	10,0	9,2	11	4,6	4,6	5,5	5,5
Sonstige laufende Übertragungen	9,7	12,5	13,5	6,2	6,3	6,5	7
Empfangene Vermögensübertragungen	7,7	6,1	5,5	2,9	3,1	2,5	3
Einnahmen insgesamt	482,3	526,2	550,5	250,4	275,9	262,5	288
Ausgaben							
Staatsverbrauch	227,5	240,2	257	110,4	129,8	117,5	139
Zinsen	17,7	21,1	24	10,8	10,3	12	12
Laufende Übertragungen an	215,4	234,4	250,5	114,5	119,9	124,5	125,5
Private Haushalte	181,1	194,6	207	95,0	99,5	103,5	103,5
Unternehmen	19,4	22,3	24,5	10,8	11,5	12	12,5
Ausland	15,0	17,5	19	8,7	8,9	9,5	9,5
Geleistete Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	28,7	29,5	26	13,8	15,7	11,5	14,5
Nettoinvestitionen	33,6	33,0	36	14,2	18,7	15,5	21
Ausgaben insgesamt	522,9	558,2	593,5	263,8	294,4	281	312,5
Finanzierungssaldo¹¹⁾	— 40,6	— 31,9	— 43	— 13,4	— 18,5	— 18,5	— 24,5

b) Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern ⁴⁾	12,6	11,2	3,5	13,6	9,3	3,5	3,5
Sozialbeiträge	12,3	6,8	6	8,0	5,8	6,5	6
Erwerbseinkünfte	5,5	— 8,0	17,5	— 9,9	— 6,0	16,5	18
Sonstige laufende Übertragungen	20,7	28,7	9	30,9	26,6	8,5	10
Empfangene Vermögensübertragungen	30,4	— 21,1	— 9	— 18,7	— 23,2	— 7,5	— 11
Einnahmen insgesamt	12,7	9,1	4,5	10,8	7,6	5	4,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	5,7	5,6	7	4,8	6,3	6,5	7
Zinsen	24,0	19,1	14,5	27,3	11,5	12	17
Laufende Übertragungen an	7,7	8,8	7	8,4	9,2	9	5
Private Haushalte	7,1	7,5	6,5	7,0	7,9	9	4
Unternehmen	11,3	15,1	9,5	15,4	14,9	9	9,5
Ausland	10,3	17,2	8,5	16,5	18,0	8	8,5
Geleistete Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	24,6	2,9	— 11,5	3,7	2,2	— 17,5	— 6
Nettoinvestitionen	— 4,1	— 2,0	9,5	— 2,0	— 2,0	7	11,5
Ausgaben insgesamt	7,2	6,7	6,5	6,6	6,8	6,5	6

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik Heft 2/1978 S. 81 ff) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Angaben in Mrd. DM ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. 4) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. 5) Ausschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. 6) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichfonds und Sozialversicherung. 9) Einschließlich Steueränderungsgesetz von 1977 und Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung; außerdem Erweiterung des § 7b EStG und Grunderwerbsteuerbefreiung. 10) Einschließlich Investitionszulage nach dem 3. Konjunkturprogramm vom Dezember 1974. 11) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990** – Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1976. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung** – Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.

Im Druck:

- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau.

– Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 11. Mai 1978 –

– Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot –

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.